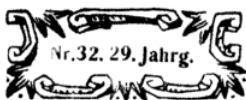


GRAPHISCHE PRESSE



Nr. 32. 29. Jahrg.



4. August 1916.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 111
Verlag: Otto Siller, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Auguststraße 8-9 — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Betragen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die Jesuiten-Schule. Vom Elend der Kriegsbeschädigten. Rundschau. — **Allgemeines:** Eine Eingabe zum Verbot des Kinoplakats. Anzeigen.

Die Jesuiten-Schule.

Wir haben dem Schutzverband im Steindruckgewerbe den Vorwurf der Unehrllichkeit nur selten machen können. In der Verfechtung seiner vermeintlichen Interessen war er meist von einer offenen Rücksichtslosigkeit, die mehr die Anlage zur Brutalität als zur Diplomatie erkennen ließ. Daran hatten wir uns gewöhnt. Im großen und ganzen haben auch unsere Kollegen längst eingesehen, daß das Gros der im Schutzverband organisierten Unternehmer im Gemüt und Geist so ganz anders geartet ist, als wir es sonst bei den Unternehmern der anderen graphischen Berufe glücklicherweise finden.

In der Kriegszeit scheint aber auch über diese eigenartige Menschenschicht das Verhängnis hereingebrochen zu sein. Sie haben umgelernt. Besser gesagt, sie sind im Umlernen begriffen. Entsprechend ihrer ganzen Veranlagung wirkt dieses Umlernen allerdings geradezu komisch. Man hat den Eindruck, als wäre in einem Verkaufsgeschäft kostbarer Glas- und Porzellansachen ein Elefant zum Aufräumen bestellt worden.

Das »Deutsche Steindruckgewerbe«, Monatsorgan des Schutzverbandes, ist zum Witzblatt geworden. Als im Januar 1915 jener bekannte Artikel darin erschien, der davon redete: »an den Arbeitgebern soll es nicht liegen, daß nach Beendigung des Krieges der Burgfrieden weiter besteht . . .«, da waren wir zwar überrascht, aber man konnte es wohl mit einigem Recht als den ersten Anfang eines geistigen Erwachens auffassen. Welche erfreulichen Aussichten mußte eine solche veränderte Geistesrichtung für das ganze Steindruckgewerbe erwecken? Aber als dann unsere Verbandsvertreter bei einer Aussprache mit der Leitung des Schutzverbandes freudig die Hand boten, an einer solchen Verständigung mitzuarbeiten, da bekamen wir plötzlich einen derartigen Fußtritt, daß das erträumte Himmelreich für das Gewerbe klirrend in tausend Scherben fiel. »Ehe wir nicht einen 7jährigen Krieg zusammen geführt haben, ist an eine Verständigung zwischen uns nicht zu denken!« — So sagte damals kurz und bestimmt der Schutzverbandsvertreter Dr. Hagelberg.

Dann kam, ebenfalls bald nach Kriegsausbruch, jene berühmte Arbeitslosenunterstützung des Schutzverbandes. Wir horchten aufs neue auf. 60 000 Mk. wurden ausgeworfen, die zur Unterstützung der im Beruf durch den Krieg arbeitslos gewordenen Gehilfen dienen sollte, so lautete eine vom Schutzverband ausgehende Notiz, die durch die Fach- und Tagespresse ging. Aber das dicke Ende kam auch hier bald nach. Diese 60 000 Mk. und eine geringere Summe, die später noch einmal bereit gestellt wurde, ist, bis auf einige Städte in Süddeutschland, ausschließlich zur Unterstützung solcher Kollegen verwandt worden, die nicht im Verband der Lithographen und Steindrucker organisiert waren.

An diesen Vorfälle mußten wir besonders denken, als wir in der Juni-Nummer des »Deutschen Steindruckgewerbes« zur Arbeitsnachweisfrage folgenden Satz lasen: »Die Vermutung der »Graphischen Presse«, die Tätigkeit des Arbeitsnachweises laufe auf eine »Unterstützung der Gelben und Unorganisierten« hinaus, ist daher gänzlich unangebracht. Weder der Beschluß unserer Mitgliederversammlung noch die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises bieten hierfür die geringste Handhabe.«

Wohl aber leider die Praxis des Schutzverbandes, möchten wir mit deutlichem Hinweis auf jene berüchtigte Arbeitslosenunterstützungsfeststellen. Die Spuren schrecken! In einer Besprechung zwischen dem Vertreter unseres Verbandes und dem des Schutzverbandes am 30. August 1915, lehnte dieser die Regelung der Arbeitsnachweisfrage für die Kriegsbeschädigten mit der Begründung ab: Unsere Grundsätze seien zwar richtig, aber die Zahl der Kriegsbeschädigten im Steindruckgewerbe sei so gering, daß damit der Aufwand so weitgehender Maßnahmen nicht gerechtfertigt werden könne. Aber im Mai 1916 gründete derselbe Schutzverband einen eigenen Arbeitsnachweis, der angeblich nur aus Rücksicht auf das Wohl der wenigen Kriegsbeschädigten eingerichtet worden sein soll. An jenem selben 30. August 1915, in derselben Sitzung, lehnte aber derselbe Schutzverbandsvertreter jede Verständigung über die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises rundweg ab, eines Nachweises, der doch sicher die Aufwendung so weitgehender Maßnahmen gerechtfertigt hätte. Ja, der Schutzverbandsvertreter sagte wieder einmal in einer Anwendung alter Raulflust: solch eine Einrichtung könne vielleicht als Ergebnis eines Kampfes in Frage kommen. Jetzt aber nicht! — So sah die versprochene andere Bewertung der Gehilfenschaft in der Kriegszeit bisher aus.

Damit wir aber auch das Lachen nicht verlieren, kommt nun erst das Schönste. Wie ein Deliriumkranker fällt jetzt das »Deutsche Steindruckgewerbe« aus einem Extrem in's andere. Nachdem sie in mehreren Nummern in den mitleiderregtesten Verrenkungen die fadenscheinigsten Gründe für die Verteidigung des neuen Schutzverbandsarbeitsnachweises produziert hat, träumt sie in Nummer 13/14 zur Abwechslung wieder einmal: »Von der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.« Der Artikel ist die Besprechung eines Buches, in der sich eine Reihe bekannter Politiker für die Einstellung des inneren Kampfes im deutschen Volke aussprechen. Dazu sagt das »Deutsche Steindruckgewerbe« gleich in der Einleitung: »Die Arbeitgeber werden die ersten sein, die zu einer Verständigung die Hand reichen werden, indessen ist von sozialdemokratischer Seite wiederholt betont worden, auch nach dem Kriege werde der alte Kampf wieder aufleben, die vor dem Kriege vertretenen Grundsätze würden auch nach dem Kriege wieder zur Durchführung kommen.« —

Es gehört doch ein erstaunlicher Mut dazu, in voller Kenntnis der unermüdligen Angriffs-

lust unseres Schutzverbandes so etwas zu schreiben. Und so etwas in einem Moment zu schreiben, wo wieder einmal der Schutzverband dabei ist, der Gehilfenschaft den schärfsten Kampf anzubieten und dem Frieden im Gewerbe Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Wir warten doch heute noch auf Antwort auf die Frage unseres Vertreters: wie denn die im Artikel vom Januar 1915 versprochene andere Bewertung der Gehilfenschaft eigentlich gedacht sei? Ist denn reden und handeln beim Schutzverband zweierlei? Es muß wohl so sein, denn am Schlusse jenes Artikels sagt das Blatt: »Selbstverständlich wollen wir damit nicht im geringsten den sozialen Kampf predigen, denn, wie schon oben betont, sind die Arbeitgeberverbände stets zu einer friedlichen Lösung von Streitfragen bereit.« — Aber so wird eben nur »gepredigt«, das Handeln sieht in der Tat, wie wir gezeigt haben, ganz anders aus.

Wenn aber das »Steindruckgewerbe« sagt: »Von sozialdemokratischer Seite sei wiederholt betont worden, auch nach dem Kriege werde der alte Kampf wieder aufleben« . . . so ist das reichlich harmlos zitiert. Wir wollen versuchen, dem in solchen Sachen scheinbar recht schwachen Begriffsvermögen des »Deutschen Steindruckgewerbes« etwas nachzuhelfen.

Als der Krieg ausbrach stieg die Arbeitslosigkeit in allen Berufen, und nicht zum wenigsten auch in unserem, in so schrecklicher Weise, daß fast überall die Unterstützung der Arbeitslosen als das wichtigste innerpolitische Problem angesehen wurde. Staat und Gemeinden und vor allem die Gewerkschaften verwendeten Riesensummen zur Unterstützung der Arbeitslosen. Es sollte auch dem Schutzverband aus dieser Zeit wohlbekannt sein, daß mehr als eine Gewerkschaft ihr Vermögen geopfert hat, um der grauenhaften Not in der Arbeiterschaft so weit als möglich Herr zu werden. Dem vereinten Bemühen aller aufrichtigen Volksfreunde ist es gelungen, die ärgste Not zu lindern. Selbst der Schutzverband konnte sich damals den Forderungen der Zeit nicht ganz widersetzen. Aber es war eben der Schutzverband, da durften wir wohl etwas besonderes erwarten. Und so kam es auch. Als das Elend der Ärmsten das Herz aller Menschenfreunde zusammenkrampfte, da fügte der Schutzverband den Hohn dazu. Er warf eine Reklamesumme aus, zahlte aber die Unterstützung, mit Ausnahme der süddeutschen Städte, nur den Arbeitslosen aus, die durch ihr bisheriges Verhalten die Annahme zuließen, daß sie geeignet wären im gegebenen Moment ihren Arbeitskollegen in den Rücken zu fallen. Während die Gewerkschaften in dieser Zeit tatsächlich alle sonstigen Aufgaben zurückstellten und nur für die Linderung der Kriegsnot tüchtig waren, mußten wir gewahr werden, daß viele Arbeitgeberverbände im unermüdligen Eifer auch in der Kriegszeit ihre Kampfposition der Arbeiterschaft gegenüber zu stärken suchten. Ihre Kampffonds wuchsen; große Summen wurden für Kriegsanleihen gezeichnet, ein Beweis dafür, daß sie keineswegs auch nur annähernd solche Notausgaben zu bewältigen

hatten, als die Gewerkschaften. Mit am eifrigsten zogen sie sich in dieser Richtung der Schutzverband.

Und wenn von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß nach dem Kriege der alte Kampf wieder aufleben werde, so war das nichts anderes als die Feststellung, daß die Unternehmerorganisationen uns recht bald nach Friedensbeginn zu dem alten Kampf zwingen werden, uns ihre, durch den Krieg gestärkte Position möglichst energisch fühlen lassen möchten. Und daß der Schutzverband auch darin mit in erster Reihe marschiert, das hat er nun noch durch sein Vorgehen in der Arbeitsnachweisfrage wohl beinahe jedem Kollegen verständlich gemacht. Solange wir nicht Taten sehen, betrachten wir solche Reden über Verständigung als Heuchelei.

Vom Elend der Kriegsbeschädigten.

Ein mitleidvoller und patriotischer Arbeitgeber ist der Inhaber der Germania-Brauerei in Driesen a. d. Netze, Herr Emil Kollatschky. In der Nr. 26 der Allgemeinen Braumeister-Zeitung fand sich folgendes Annonce:

»Praktisch tüchtiger Brauer, bei gutem Gehalt für kleinere, bestens eingerichtete Brauerei gesucht. Auch für leicht kriegsbeschädigten Bewerber dauernde Stellung. Off. D. G. 5597 an d. Ztg. erbeten.«

Ein kriegsbeschädigter 23jähriger Brauer, der schon fast ein Jahr mit einem künstlichen Bein geht und während dieser Zeit in zwei Stellungen gearbeitet hat, erhielt auf seine Bewerbung folgendes Antwortschreiben:

Herrn N. N., Berlin.

Den Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 29. v. Mts. bestätigend ersehe ich aus demselben, daß Sie wol als Gehülfe noch kein Zeugnis besitzen dürften u. somit eines wirklichen Ausweises über Ihre Leistungen als Gehülfe noch entbehren. Ihnen kann es hierbei nur darauf ankommen, da Sie zurück zu kehren wünschen in diesen alten Beruf, daß sie zunächst ein Unterkommen und Beschäftigung darin finden, um sich wider in irgend einer Weise darin zu betätigen.

Von Gehalt kann dabei vorläufig keine Rede sein. Im Gegenteil.

Ich will Ihnen die Gelegenheit zu diesem Versuch geben und Sie vorläufig zu diesem Zweck ohne Gehalt anstellen. Indem bei der gegenwärtigen Kriegstheuerung der Lebensunterhalt den Haupttheil des Erwerbes fordert, so will ich Ihnen auch freie Station und Wohnung gewähren, zumal es sich darum handelt einem unglücklich gewordenen Kriegstheilnehmer die Gelegenheit zur Errichtung einer neuen Lebensexistenz zu bieten, wozu wir jeder nach seinem Können u. Vermögen die Verpflichtung haben u. würde Ihnen gegebenenfalls wünschen, daß Sie sich bei mir wohl fühlen u. das Ihnen widerfahrene Leid bald vergessen möchten.

Vorbedingung ist es allerdings, daß Sie mit Lust und Liebe für den Beruf eintreten und sich jeder vorkommenden Verrichtung im Geschäftsbetrieb willig unterziehen.

Konvenierend würde Ihnen auf Wunsch eine Probezeit gewähren, in welcher Sie nach Belieben wieder austreten können und sehe Ihrer gefälligen Nachricht entgegen.

Hochachtungsvoll E. Kollatschky.

Dieses Angebot spricht für sich selbst. Vielleicht könnte das mangelhafte Deutsch mit als Entschuldigung für den Inhalt des Briefes herangezogen werden. Zur besseren Feststellung wollen wir aber noch folgendes anführen: Der Brauer, dem dieses zweifelhafte Angebot gemacht wurde, hatte schon in seinem ersten Briefe angegeben, daß er ordnungsgemäß gelernt, die Gehilfenprüfung mit »gut« bestanden und neben anderen Stellen in einer mittleren Brauerei den Posten eines Oberburschen versehen habe. Es gehört wahrhaftig Mut dazu, jetzt schon, noch während der Kriegszeit, ein derartiges Angebot zu machen. Demgegenüber wirken die Redensarten von »Mitleid« und »patriotischer Pflicht« wie blutiger Hohn. Wie soll sich das Schicksal der Kriegsbeschädigten nach dem Kriege gestalten, wenn man ihnen jetzt schon derartiges zu bieten wagt?

Rundschau.

Terrorismus aus Konkurrenz! In Nr. 9 der »Tapeten-Zeitung« schreibt der Vorsitzende des Verbandes deutscher Tapetenfabrikanten Max Langhammer in einem Aufrufe an seine Getreuen: »Jean Hamm, Tapetenhandlung, Berlin ist auf Grund der Vereinbarungen mit der organisierten Händlerschaft und den Bestimmungen unserer Satzung vom Verbands deutscher Tapetenfabrikanten gesperrt worden. Es darf deshalb von dieser Firma weder direkt noch indirekt Ware bezogen werden.« Der Uneingeweihte wird natürlich nicht wissen, warum nun der Tapetenhändler Hamm von den organisierten Händlern und Tapetenfabrikanten ausgehungert werden soll. Dem Aushungerungsplan liegt folgender Tatbestand als Ursache zugrunde: Hamm ist Vertreter einer amerikanischen Tapetenfabrik und als solcher natürlich ein Konkurrent der deutschen Tapetenfabrikanten. Infolge der englischen Absperrungsmaßnahmen erhält Hamm nur wenige Waren von seinem Stammhause und sah sich deshalb veranlaßt, die Vertretung einer deutschen Firma mit zu übernehmen. Dabei wählte er eine Firma mit neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Mustern. Diese Firma fand er in der »Sächsischen Tapetenindustrie in Radebeul«. Nun gehört aber diese Firma nicht dem Verbands deutscher Tapetenfabrikanten an. Dieser Verband hat ferner entdeckt, daß der Gründer der »Sächsischen Tapetenindustrie Radebeul«, der Geschäftsführer der Koswiger Tapetenfabrik, Chr. Wolf, sein ärgerster Gegner ist, und nimmt an, daß die Radebeuler Firma nur eine Dekadresse für Koswig ist. Wir sehen hier den Terrorismus der organisierten Unternehmer gegen außenstehende Fabrikanten und Händler. — Besonders wird auch dieser Händler bekämpft, weil er neue Muster der außenstehenden Fabrik bringt. Neue Muster kann diese aber wiederum nur deshalb bringen, weil sie der Unternehmerorganisation nicht angehört, denn letztere hat beschlossen, neue Muster während des Krieges nicht herstellen zu lassen, wodurch bekanntlich auch viele unserer Formsteherkollegen in ihrem Berufe keine Beschäftigung finden können

Verschmelzungsbestrebungen in der Technikerbewegung. In den Kreisen der technischen Angestellten machen sich Bestrebungen geltend, die auf einen Zusammenschluß der drei Techniker-Verbände: des Deutschen Techniker-Verbandes, des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Bundes der technischen Angestellten, hinauslaufen. Den Anstoß gaben die Techniker in Kiel durch eine Denkschrift »Auf neuer Bahn«, die Richtlinien für eine Verschmelzung enthält und mit der sich gegenwärtig die Verwaltungsstellen der drei Verbände beschäftigen. Wenn unter den Mitgliedern der drei Technikerorganisationen die Erkenntnis immer mehr Boden gewinnt, daß wesentliche und unüberbrückbare Unterschiede in ihren Bestrebungen trotz den Abweichungen in ihrer bisherigen Tätigkeit nicht bestehen, dann wird der Zusammenschluß, den auch die Techniker zur Stärkung ihrer Stellung im Wirtschaftsleben und zur Erfüllung ihrer großen organisatorischen Aufgaben dringend benötigen, nicht mehr unmöglich sein. Wir wünschen den Verschmelzungsbestrebungen baldigen vollen Erfolg.

H. A. Bueck †. Der langjährige Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der mächtigsten und einflussreichsten Unternehmerorganisation, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Bueck war ein unversöhnlicher Feind der Gewerkschaften, und dieser Feindschaft hat er noch beim Austritt aus seinem Amt im Jahre 1910 in einer heftigen Rede Ausdruck gegeben. Er haßte die Gewerkschaften und alle Bestrebungen, die darauf gerichtet waren, den Aufstieg der Arbeiterschaft zu fördern. Auch an der wüsten Agitation für die Ende der neunziger Jahre von der Reichsregierung eingebrachte Zucht hausvorlage zur Erdrosselung der Gewerkschaften hatte er regen Anteil. Und unvergessen wird der organisierten Arbeiterschaft sein am 3. August 1895 geschriebener Brief geblieben, durch den bekannt wurde, daß das Reichsamt des Innern ihm persönlich den Wunsch geäußert habe, daß die Großindustrie zum Zwecke der Agitation für die Vorlage 12000 Mk. zur Verfügung stellen möchte, die auch bereitwilligst gegeben worden sind. Die Zucht hausvorlage fiel, trotz dieser einflussreichen Freunde des in ihr zum Ausdruck gekommenen Knebelungsgedankens dennoch unter den Tisch. Die Gewerkschaften haben den Sieg über die Vorlage und Bueck und seine Hintermänner davongetragen und ihren glänzenden Aufstieg fortgesetzt. Bueck ist nicht mehr, aber sein Geist beherrscht auch heute noch die Scharfmacher aller Schattierungen. Ob sie während des Krieges gelernt haben, muß die Zeit lehren. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß sie die Alten geblieben sind.

Ein Vertreter der freien Gewerkschaften im Kriegsnährungsamt. Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist in den Beirat des Kriegsnährungsamtes der Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission, Paul Umbreit, berufen worden.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Eine Eingabe zum Verbot des Kinoplakats.

Wir leben in einer Zeit sich überstürzender Verfügungen und Verordnungen der Behörden und Generalkommandos. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn zu der Bedrückung des Berufes durch die neue Tabaksteuer sich noch Verfügungen gesellen, die ebenfalls unangenehme Einwirkungen auf unseren Beruf haben. Der Verband hat aus diesem Anlaß während der Kriegszeit schon wiederholt allein und gemeinsam mit anderen Verbänden Eingaben an die Regierungen gerichtet. Aus Anlaß von Verfügungen verschiedener Generalkommandos ist zu diesen Eingaben eine neue hinzugekommen.

Bei diesen Verfügungen, Erlassen oder Verordnungen machen die verschiedenen Generalkommandos von ihren unbegrenzten Vollmachten den ausgiebigsten Gebrauch. Die Bevölkerung meint allerdings in der Anwendung dieser Machtbefugnisse sehr oft zu beobachten, daß sie am untauglichsten Objekt sich am energischsten versucht, während die Wucherer und Nahrungsmittelschwindler dagegen recht zart behandelt werden.

So schießen auch die Erlasse der Generalkommandos, die nahezu das vollständige Verbot des Kinoplakats bewirkt haben, weit über das gesteckte Ziel hinaus und bedrohen nicht nur eine neue Branche unserer Industrie mit dem Ruin, sondern sie verhindern eine erfolgreiche Durchsetzung der guten Plakatreklame, die immer mehr und mehr auch unseren Kollegen Lohn und Brot gibt. Zwar ist diese Industrie vorläufig fast ausschließlich auf Berlin beschränkt. Diese Entwicklung war aber gerade in Berlin mit seinen vielen Arbeitslosen vor dem Kriege ein willkommener Ausgleich. Es soll dabei nicht geleugnet werden, daß besonders in der ersten Zeit, als diese Kinoreklame aufkam, viel Schund geliefert worden ist. Inzwischen haben aber die deutschen Plakatdruckereien sich Künstler von Ruf und Können dienstbar gemacht. Wir nennen nur die Namen: Professor Hohlwein, Professor Bruno Paul, Graf J. F. Bubna, Graf Buonaccorsi, Dr. Ludwig Kainer, Deutsch, Bernhard, Leni, Leonard, Baron, Noa, Niczky, Bauer, Relda und viele andere.

Immer mehr haben Filmindustrien und Plakatdruckereien sich die Veredelung des Buntdruckplakates angeeignet sein lassen. So trifft gerade die Unterbindung jeder Plakatreklame für Kinos diese Kreise am schärfsten. Diese Verbote, die am schärfsten in Süddeutschland gehandhabt werden und vor allem jede Plakatreklame völlig unterbinden, lassen erkennen, daß die verantwortlichen Stellen nicht genügend den Unterschied zwischen Schund und Plakaten, die einen Kunstzweig darstellen, gewürdigt haben.

Die Arbeiter, die bei ihren Bildungsbestrebungen gerade das proletarische Heim durch den Aushang von guten Bildern zu schmücken versucht haben und so auf die Arbeiter bildend wirkten, sind vor dem Verdacht, sich zum Fürsprecher der scheußlichen Kinoreklame zu machen, geschützt. Wir haben deshalb ein volles Anrecht darauf, uns gegen jene Erlasse zu wenden, die jede Plakatreklame ohne weiteres verbieten will. Durch dieses Verbot werden nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Künstler, die Druckereibesitzer, Papierfabrikanten und eine Reihe anderer Lieferanten erheblich geschädigt. Es ist infolge dieser Verfügungen wiederholt zu Arbeiter-Entlassungen gekommen, oder zu ganz erheblicher Verkürzung der Arbeitszeit. Unser Verbandsvorstand hat deshalb auch nicht gezögert, die Bestrebungen der interessierten Kreise zu unterstützen, um die Aufhebung jener Erlasse zu erreichen oder mindestens zu erreichen, daß diese Erlasse nur zutreffen auf Plakate, die den Geschmack oder die guten Sitten in gröblichster Weise verletzen. Wir haben uns hier vereint mit vielen angesehenen Firmen der Plakat- und Filmindustrie und hegen die Hoffnung, dadurch die unberechtigte Bedrückung unserer Industrie abwehren zu können.

Sofort gesucht vier bis sechs
Positiv-Retuscheure
für erstklassige Maschinen-Retusche. Dauernde Arbeit.
Hickel & Co., Leipzig-Schönefeld.

Verschiedenes
Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König
Berlin SO, Manteuffelstr. 31.

Wischwalzen-Schläuche
ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert
Edm. Behnisch, Luckenwalde
Vertreter an allen größeren Plätzen.
Ia Zeugnisse.